

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 fr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 fr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 fr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 fr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Die Inseratgebühren betragen für die Bette (1/4 Breite) mit Pettischrift oder deren Raum 8 fr.



Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hammer Schmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt.

Gegenwärtige Sachlage.
 Frankfurt. Die deutsche Verfassungskrisis. Generalversammlung des allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze der Arbeit).
 Deutschland. Wien (Die ungarischen Verhältnisse. Windischgrätz durch Welden, Welden durch Wohlgenuth ersetzt. Fischhof. Bistitation der Bücherballen). Prag (Presproceß). Berlin (Die österreichische Note). Aus Sachsen (Die Angelegenheit des Herrn v. Könnert). Hannover (Krisis und Verhinderung. Die Grundrechte vom Gerichtshof in Celle nicht anerkannt. Presproceß). Kassel (Regierungsbevollmächtigte nach Frankfurt. Abmarsch nach Schleswig-Holstein. Aus dem Ständesaal). Darmstadt (Abgeordnete der zweiten Kammer für die deutsche Reichsverfassung). Mainz (Müssen. Oesterreichische Artillerie nach Ungarn. Auswanderer). Sigmaringen (Eröffnung des Landtags).
 Italien. (Die Oesterreicher in Parma).
 Großbritannien. London (Die Politik Palmerston's vom „Globe“ vertheidigt).
 Nachschrift.
 Börseberichte.

4 Gegenwärtige Sachlage.

Durch den Austritt Oesterreichs aus dem deutschen Verfassungswerke und die Collectivklärung der fürstlichen Regierung über die unveränderte Annahme der Reichsverfassung, sind wir der endlichen Lösung unserer inneren Verhältnisse so nahe gerückt, daß eine neue Verwicklung derselben kaum mehr denkbar ist. Mit jedem Tage wächst die Schwierigkeit etwas Anderes an die Stelle dieser Verfassung zu setzen und vermindert sich die Wahrscheinlichkeit, daß dergleichen werde versucht werden. Sollten, wie angenommen wird, auch noch einige der königlichen Höfe dem von den Fürsten gegebenen Beispiele folgen, so wäre an die Detrovirung einer neuen Reichsverfassung auch von fern nicht mehr zu denken, und man wäre von selbst an die von der Nationalversammlung zu Stande gebrachte Verfassung gewiesen. Zwar sagt man, daß die preussische Regierung auf Aenderung der Verfassung in mehreren wesentlichen Punkten bestehen und hierin von den königlichen Höfen unterstützt werde. Ist man indes allerseits so weit gekommen, daß die Verständigung mit der Nationalversammlung als ein unabwiesbares Bedürfnis anerkannt ist, so wird man sich am Ende wohl mit dem begnügen müssen, was die Nationalversammlung allein zu bieten hat, und dieses ist die von ihr nach so langen Wehen zu Stande gebrachte Verfassung. Uebrigens versteht sich wohl von selbst, daß in der Verfassung diejenigen Veränderungen vorgenommen werden müssen, die eine notwendige Folge neu eingetretener Thatsachen sind. Hierher rechnen wir den einseitigen Austritt Oesterreichs aus dem engeren Bunde, unter Aufrechthaltung der alten bundesgesetzlichen Beziehungen mit diesem Staate; dann aber könnte auch der Titel des Reichs-Oberhauptes eine Modification nothwendig machen, insofern der König von Preußen dessen Annahme beharrlich verweigern und politische Bedenken geltend machen sollte, die als Thatsachen anerkannt werden müßten. Für einen günstigen Umstand halten wir es, daß der mit den deutschen wie mit den europäischen Verhältnissen gleich innig vertraute österreichische Staatsminister v. Wessenberg hier eingetroffen ist. Wenn gleich derselbe in keiner officiellen Stellung sich befindet, so ist doch sein Wort von solchem Gewicht, daß es nicht unbeachtet bleiben kann, und wir hoffen, daß er seinen Rath nicht vorenthalten wird. Von ihm haben wir keine Kernsprüche über das angebliche Hinauswerfen Oesterreichs aus Deutschland, die Einfalt, Deutschland um ein Drittel zu verkleinern, das Usurpiren einer Stelle, die Oesterreich gebührt u. z. zu besorgen, vielmehr wird derselbe die Verhältnisse nehmen, wie sie nun einmal sind, und eine innige Verbindung Oesterreichs mit Deutschland nicht deshalb von sich stoßen, weil sie nicht in der früheren Form aufrecht erhalten werden kann. Möge derselbe in diesem entscheidenden Momente dem Reichsverweser wenn auch nur als Freund zur Seite stehen, und ihm die Schwierigkeiten beseitigen helfen, mit denen er zu kämpfen hat! Es gibt der Geschäftsmänner so viele, die nur zu verwirren, statt zu ordnen und zu beschwichtigten trachten, daß es wohl thut, wenn man einem Staatsmanne begegnet, der Einsicht mit großer Erfahrung verbindet und den weder Leidenschaften noch Privatinteressen verblenden können. Einem solchen Staatsmanne wird es nicht entgehen, daß Deutschland in einem Crystallisationsproceß begriffen ist, und daß es völlig vergeblich wäre, diesem Proceß Einhalt thun und ihm neue Formen aufzwingen zu wollen. Aus dem Chaos der hiesigen Elemente haben die Strahlen sich zu bilden angefangen und da das Gleichartige zusammenschießt, muß das Ungleichartige sich trennen; so will es das Gesetz der Natur, dem wir alle unterthan sind. So viel kann man mit Gewißheit sagen, daß die neue Verfassung in ganz Deutschland nirgends auf ernstlichen Widerstand stoßen wird, und daß man vergebens versuchen dürfte den Particularismus gegen dieselbe aufzustacheln. Selbst

in Altbayern ist nichts von einem Wittelsbacher Enthusiasmus bemerkbar geworden, zum Beweise, daß es nicht mehr die dynastischen Interessen sind, welche die Welt bewegen. Deutschland wird nicht in sich zerfallen, dessen sind wir gewiß, und da die von der deutschen Nationalversammlung gebotene Verfassung der einzig mögliche gesetzliche Ausdruck dieser Wahrheit ist, so wird sie auch, man mag machen, was man will, ins Leben eingeführt und so Gott will mit der Zeit zu der Reife und Vollständigkeit gebracht werden, daß unsere Söhne die Früchte unserer Sorgen und Leiden ernten können.

RC Frankfurt, 17. April. Alles war hier auf die Rückkunft Camphausens und auf die Erklärungen gespannt, die er seitens der preussischen Regierung in Beziehung auf die deutsche Verfassungsfrage abgeben werde. Nun trifft es sich, daß der Patriotismus und die Politik von 28 anderen deutschen Regierungen die der preussischen bereits überflügelt hat; die Instructionen des Hrn. Camphausen sind erloschen, noch ehe er im Stande gewesen, sie hieher zu tragen. Nichts anderes ist der Inhalt einer vor demselben abgegebenen Erklärung, welche die Beprechung über die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung als vorläufig erledigt betrachtet, bis sich die Voraussetzung bekräftigt habe, unter welcher die Beitrittserklärungen jener Regierungen erfolgt seien. Mit andern Worten: wir sind in Beziehung auf die Stellung Preußens zu dem Verfassungswerke und der in demselben begründeten Kaisermwürde noch um keinen Schritt weiter; wir haben die Wirkung des patriotischen Vorantritts jener Staaten auf das preussische Cabinet, wir haben die von Neuem nachgesuchten weiteren Instructionen des preussischen Bevollmächtigten abzuwarten. Zu einem solchen Abwarten zeigen sich zwar die linken Mitglieder des Dreißiger-Ausschusses wenig bereit und sie finden für dieses Verhalten in einem ultraconservativen großdeutschen Mitgliede die nöthige Unterstützung. Nichtsdestoweniger aber ist es der gemäßigten Hälfte des Ausschusses gelungen, die Beschluffassung aufzuhalten und im Sinne politischer Klugheit und Mäßigung zu dirigiren. Wir machen wiederholt auf diesen Umstand sowie auf die gemäßigte Stimmung der Mehrheit des Parlamentes aufmerksam. Dieselbe wird nicht lassen von ihrem Werke; aber eben weil es ihr wie der Nation theuer ist, so wird sie es auch nicht den raschen Händen einer Partei überlassen, welche, wenigstens in den Mitteln, nur zu sehr geneigt ist, den conservativen Sinn zu verleugnen, welcher mit dem Festhalten einer Verfassung nothwendig verbunden ist. Wir hören, daß die Linke sich mehrfach bemüht hat, den Austritt der österreichischen Abgeordneten zu hintertreiben. Sie verkannte nicht, daß ein als möglich in Aussicht gestelltes Bündniß zwischen ihr und den Oesterreichern ein bereits erprobtes Mittel sei, die erbitterlichen Centren in Schach zu halten. Andererseits ist man doch nicht im Stande gewesen, bestimmte Zusagen zu machen, und so scheint es, daß nach dem gestrigen Vorgange von etwa dreißig Oesterreichern, auch der Rest derselben allmählig eine Versammlung räumen werde, welche von der eignen Regierung so vollständig desavouirt ist. Andere Gerüchte sprechen von angeknüpften Beziehungen der Linken zu den Bayern, wozu bei der Weigerung Preußens die Wahl eines anderen Kaisers in Aussicht gestellt werde — ein Plan, der doch sicher weder die Majorität der deutschen Regierungen, noch die der Nationalversammlung für sich gewinnen würde. Wie dem aber sei, und wie vielfach auch auf der Linken sich die Gedanken mit allerlei Eventualitäten beschäftigen mögen, wir unsererseits beharren ebenso in loyaler Treue auf dem Boden unseres Beschlusses vom 11., wie wir andererseits Sorge tragen, uns nicht von unsern neuen Bundesgenossen überholen zu lassen. Zu diesem Ende hat sich die Weidenbuschpartei aufs Neue zusammengeschlossen, und sich in einer gestern Abend abgehaltenen Sitzung zur Abhaltung regelmäßiger wöchentlich Zusammenkünfte verpflichtet. Ein anderes Ergebnis dieser Sitzung war die Verabredung zu einer auf heute Nachmittag angesetzten Versammlung der preussischen Abgeordneten, in welcher die Mittel in Erwägung gezogen werden sollen, durch die das preussische Volk noch reger und lebendiger als bisher in das Interesse der deutschen Verfassung und ihrer Durchführung hineingezogen werden könne. Denn in der That: wie im März des vorigen Jahres das zaudernde Preußen die Hoffnungen auf die Neugestaltung unsrer staatlichen Verhältnisse am längsten täuschen zu wollen schien, so ist es auch jetzt wieder im Rückstande gegen das Hoffen und Drängen des übrigen Deutschlands. Preußen zu gewinnen ist die einzige Aufgabe, welche uns noch gestellt bleibt. Wir rechnen nicht wenig auf den Eindruck der neuesten österreichischen Note, einer Note, deren Original sogar noch schlimmer lauten soll als der bekannt gewordene Abdruck. Man sagt uns — und wir glauben

die Quelle loben zu können, daß dieser Abdruck einen Passus des Inhalts übergehe, daß Oesterreich sich niemals den Beschlüssen einer Versammlung fügen werde, welche außerhalb seiner Grenzen tage. Sollen wir aber diejenigen Symptome angeben, welche uns wirklich auf eine günstige Wendung der Entschlüsse in Berlin hoffen lassen, so erwähnen wir für diesmal eines kleinen Schriftchens, welches gestern durch unbekannt Vermittelung in die Paulskirche geworfen worden war, und welches die Antwort des Königs von Preußen und die Erklärung unsrer Deputation in Parallele stellte. Das Schriftchen, an sich werthlos und nur eine Homilie, deren Text die königlichen Worte bildeten, verrieth doch das Eine aufs deutlichste: daß die Deputationserklärung aufs Beste gewirkt, daß man in Berlin um Alles in der Welt nicht wünsche, als ablehnend erschienen zu sein. Da denken wir denn nun, daß es einen sichern Weg gibt, diesen Schein von sich abzuwenden. Dieser Weg ist die entschiedene Annahme. Die Nachrichten, welche Hr. v. Sacken, heute zum erstenmal wieder unter uns, mit hierhergebracht hat, lassen überdies aufs Neue eine Vermuthung auftauchen, welche, wenn sie zur Wahrheit würde, der unseligen Haltung Preußens zur deutschen Sache am raschesten ein Ende machen würden. Es gehen eigenthümliche Bewegungen am preussischen Hofe vor. Man spricht von einer beabsichtigten Abreise des Königs, man spricht sogar ausdrücklich von einem Abdicationsplane. Wie dem sei: wir wollen es heute wiederholen, daß ein solcher Schritt in denjenigen Kreisen nicht die wenigste Zustimmung finden würde, wo man es mit dem Königthum am besten meint.

O Frankfurt, 14. April. (Schluß.) Die dritte Sitzung der Generalversammlung des allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit war am 12. April. Der Organisationsauschuß trug auf die Ernennung von sechs Vertrauensmännern zur Unterfözung der Ausschüsse an, was angenommen wurde. Diese Vertrauensmänner, nach Gewerben gruppiert, bilden den Kern des weitem Ausschusses und sollen unter Zuziehung der Organisationscommission den engern Ausschuß wählen. Ferner wurde beschlossen, ein Vereinsblatt zu gründen; die Generalversammlung ermächtigte den Kern des weitem Ausschusses, unter Zuziehung der Organisationscommission deshalb das Nöthige zu besorgen. Ueber die Verpflichtung zur Mitgliedschaft und zu Beiträgen brachte die Commission den Antrag, solche auf vier Jahre zu stellen, was eine längere Discussion und mehrfältige Anträge hervorrief. Endlich wurde derjenige von Sutter von Schoppsheim in folgender Fassung angenommen: 1) Den Vertrauensmännern wird Vollmacht ertheilt, unter Inbetrachtung der in der Discussion fundgegebenen Ansichten Mittel und Wege aufzufinden, in welcher Weise ein Vereinsjournal gegründet und die Kostendeckung geordnet werden kann. 2) Der engere Ausschuß wird mit Vollziehung der Beschlüsse der Vertrauensmänner beauftragt. 3) Die Beitragspflicht der Mitglieder besteht in der bisherigen Weise fort bis zu neuer Organisation. Gottschalk von Schoppsheim dankte dem Ausschuß für seine mühevollen Arbeit; eine solche Entwicklung von Thätigkeit habe besonders bei einem Prinzen doppelten Werth. Nach einigen erkenntlichen Worten des Präsidenten wurde zur Erneuerungswahl des Vorstandes geschritten. Gottschalk beantragte, den bisherigen Präsidenten durch Acclamation wieder zu ernennen, was geschah. Mit 28 Stimmen wurde Degenkolb aus Eilenburg als Vicepräsident bezeichnet. Die Bildung des weitem Ausschusses wurde dem Kern anheimgestellt. — In der vierten und letzten Sitzung, am 13. April, stellte Graf von Solms-Laubach einen Antrag, die Vertretung der Landwirthe betreffend, und beschwerte sich über die Ausschließung derselben aus dem Ausschusse, in dem es ein unheilvoller Irrthum sei, die Factoren der Nationalwirthschaft zu trennen oder einander feindlich gegenüber zu stellen. Der Verein sei ein Verein zum Schutze der deutschen Arbeit, der größte Theil der deutschen Arbeitskraft werde in der Landwirthschaft verwendet, und diese sei eine mächtige Stütze der Industrie. Die Versammlung nahm den Antrag mit Acclamation auf, und der Antragsteller wurde eingeladen, sich dem Ausschusse anzuschließen. Ueber den Antrag von Gottschalk, dem engern Ausschuß den Auftrag zu geben, sich mit dem landwirthschaftlichen Ausschuß in Verbindung zu setzen, erklärte sich die Versammlung einverstanden. Der Antrag von Hausmann auf der Josephshütte: Der Verein möge dahin wirken, daß die Regierungen sich der Gewerbsinteressen eifrig annehmen, und sich eigener Gewerbsunternehmungen enthalten, wurde an den engern Ausschuß gewiesen. Die Tarifeommission zeigte an, daß sie bei der Kürze der Zeit keinen gründlichen Bericht erstatten könne, es sei ihr nur eine kurze Durchsicht möglich gewesen. Sie frage daher an: ob die Generalversammlung sie ermächtigen wolle, aus den einlaufenden Bemerkungen Ansätze zu formuliren? Nach

längeren Debatten wird beschlossen: Aus den einlaufenden Anträgen solle die Commission vermittelnde Tariffätze bestimmen, das ganze Material aber in angemessener Fassung dem Handelsministerium übergeben. Ueber die Anträge von Stephanus aus Frankfurt: bei Verhandlungen und Beschlüssen über Organisation der Gewerbe die Hälfte Handwerker beizuziehen, und v. Kerstorf aus Augsburg: bei Gewerbefragen auch die Vertretung der Lohnarbeiter, Gesellen und Fabrikarbeiter zu gestatten, wurde auf den Antrag von Winter aus Nürnberg folgende motivirte Tagesordnung angenommen: es sei dem engern Ausschuss anheimgegeben, welche Kräfte er bei Berathung der Gewerbeordnungsfrage aus dem weiteren Ausschuss zuziehen wolle. Auf den Antrag von Dücker zu Redinghausen wurde beschlossen: einen Protocollauszug über die Verhandlungen zu veröffentlichen. Ebenso sollen auch die Verhandlungen der Vertrauensmänner im Resultate bekannt gemacht werden. Der Vorschlag des Präsidenten: dem Reichshandelsministerium durch eine Deputation von den Verhandlungen der Generalversammlung Nachricht und von dem Fortbestand des Vereins Kenntniß zu geben, wurde angenommen und die Deputation bezeichnet; ebenso wurde die Mittheilung desselben gebilligt, daß er dem Reichsverweser von der Versammlung Anzeige gemacht, und demselben von den Ergebnissen derselben Kunde versprochen habe. Er beschloß die Versammlung mit der Hoffnung, daß die gefaßten Beschlüsse Segnungen auf alle Brüder des Vaterlandes werfen werden. Das Mißtrauen unter den verschiedenen Ständen sei geschwunden, und die Gewerbe werden sich zum Heil des Vaterlandes kräftig erheben.

Deutschland.

Wien, 13. April. Die gestern allgemein gehegte Vermuthung, Graf Stadion würde aus dem Ministerium scheiden, muß heute als voreilig oder irrig angesehen werden; indessen wird es immer wahrscheinlicher, daß das Obercommando der ungarischen Armee eine Aenderung erleidet. Das Abendblatt des gestrigen „Lloyd“ erörtert den besagten Stand der ungarischen Angelegenheiten, den er aber mehr den Umständen als den leitenden Personen zuschreibt. Nichtsdestoweniger wird die Nothwendigkeit hervorgehoben, dem Ministerium einen directeren Einfluß als bisher auf die ungarischen Verhältnisse zu gestatten, und eine Civilregierung in Ungarn eintreten zu lassen. „Wir hatten, heißt es im „Lloyd“, schöne Hoffnungen auf die Mission des Baron Kübed nach Ofen gesetzt, indem wir seiner Zeit glaubten, daß er dorthin gesandt sei, um dem Feldmarschall in der Regierung des Landes zur Seite zu stehen, und wir haben uns bis heute nicht vom Erfahren erholt, das uns ergriff, als wir in der „Pester Zeitung“ lasen, daß dessen amtliche Wirksamkeit erloschen sei.“ Schließlich wird dann im Sinne der Humanität wie einer gesunden Politik erklärt, daß Maßregeln der Milde für nöthig gehalten werden. — Nachrichten von heute bestätigen uns in dem Glauben, daß der Feldzeugmeister von Welben an die Stelle des Fürsten Windischgrätz tritt, und der Feldmarschalllieutenant von Wohlgenuth zum Gouverneur von Wien bestimmt ist. — Ueber den Abgeordneten Fischhof circuliren die verschiedensten Gerüchte, es hieß sogar, er sei des Hochverraths überwießen und zu mehrjähriger Kerkerstrafe verurtheilt. Diesem können wir mit Bestimmtheit widersprechen, da die Criminaluntersuchung gegen ihn erst begonnen hat und noch zu keinem Resultat gelangt ist. Fischhof soll leidend sein, und sich im Spital des Criminalgebäudes befinden. — Den hiesigen Buchhändlern ist bekanntlich das Verbot zugegangen, die ihnen von Leipzig aus geschickten Bücherballen, ohne die Gegenwart eines Commissärs, zu öffnen. Das Buchhändlergremium sah dadurch das kaiserliche Patent, worin die Censur ausgehoben, beeinträchtigt, und wendete sich deshalb an das Ministerium. Dieses gab den Bescheid, daß während des Ausnahmezustandes die Anordnung des Stadthauptmanns in Kraft bleiben müsse. Heute ist nun die Eröffnung der Bücherballen erfolgt, indessen ist nur die Zeitschrift „der Leuchthurm“ confiscirt worden. Auch die aus Prag, Graz u. kommenden Bücherballen werden visitirt.

Prag, 13. April. So hatten wir denn heute den ersten öffentlichen Staatsproceß, zum erstenmale einen Urtheilsspruch des Volkes zwischen Einem aus seiner Mitte und der Regierung! Der Gerichtsfaal war schon eine Stunde vor Beginn der Sitzung gedrängt voll. Mit der ungetheiltesten Spannung folgte das Auditorium der ganzen Verhandlung und besonders der trefflichen Verteidigungsrede des Angeklagten. Die Urtheilsfrage lautete: Ist Herr Hawlicek schuldig, in seinem Artikel in Nr. 60 der „Narodni nowiny“ versucht zu haben, durch Schmähungen oder andere unwahre und höhnische Darstellungen die Constitution der österreichischen Monarchie verächtlich zu machen? Die Berathung der Geschworenen dauerte kaum zehn Minuten; ihr Wahrspruch: „Nichtschuldig“ war beinahe voranzufahren. Er wurde vom Auditorium mit stürmischem Beifall aufgenommen. — Die ganze Verhandlung wurde in böhmischer Sprache geführt.

Berlin, 15. April. Welchen Eindruck die letzte österreichische Note vom 8. April in allen Kreisen hier gemacht hat, läßt sich ohne Commentar kaum ermessen. Extreme wollten behaupten: sie sei von hier aus veranlaßt. Wäre sie dies, so läge darin der glänzendste Beweis, daß man hierorts eine passende Gelegenheit suchte, sich so gegen Oesterreich auszusprechen, wie es Deutschland erwartet. Dies ist denn auch geschehen. Die Antwort auf die Note ist vorgestern abgefaßt und sogleich abgegangen. Sie ist, wie von unterrichteten Männern gleichlautend behauptet und von jedem Deutschen mit größter Genugthuung aufgenommen werden wird, vom Herrn v. Bülow verfaßt, und in einer so würdigen Haltung und entschiedenen Sprache, daß ihr schon um dieses Namens willen Niemand seinen Beifall versagen wird; auch eine Frucht der Bemühungen Camphausen's, daß Herr v. Bülow, der

vom Eintritt Graf Arnim's in das Amt des Auswärtigen an sich nur mit Verwaltungssachen beschäftigt hatte, jetzt wieder in den deutschen Angelegenheiten thätig zu werden angefangen hat. Wie es unter ähnlichen Umständen immer zu gehen pflegt, so ist die Stimmung gegen Oesterreich eine höchst gereizte bis in den Bürgerstand; und mit Geschäftigkeit wurden heute die Wiener Courzettel verbreitet, welche das vorgestriges Weichen der dortigen Course den ungünstigen Nachrichten vom ungarischen Kriegsschauplatz zuschrieben.

Aus Sachsen, 12. April. Die Dresdner Regierung ist bekanntlich auf die Kammeranträge wegen der Abberufung des sächsischen Gesandten in Wien, Herrn v. Könneritz, nicht eingegangen, und hat dem Ausschusse der ersten Kammer eine Schrift zugehen lassen, in welcher sie die Gründe ihrer Weigerung darlegt. Sie beruft sich darauf, daß namentlich unter den obwaltenden Umständen höhere politische Rücksichten diese Abberufung nicht gestatten; diese Rücksichten hätten eben jetzt eine erhöhte Bedeutung. Man müsse in ungestörtem guten Einvernehmen mit den größeren deutschen Staaten und insbesondere mit den zwei größten bleiben. Eine Abberufung würde zu ernstlichen Zerwürfissen mit der österreichischen Regierung führen. Die Kammern würden sich nicht verhehlen, wie folgeschwer eine Störung des guten Einvernehmens mit einem mächtigen Nachbarstaate sein könne, wenn sie in Erwägung zögen, daß die endliche Feststellung der deutschen Verfassungsfrage noch nicht erreicht sei, und daß in Bezug darauf die Kammer selbst sich gegen ein Ausschneiden Oesterreichs aus dem deutschen Bundesstaat ausgesprochen hätten. — Der vom Abgeordneten Heubner erstattete Kammerbericht beantragt: die Kammer möge bei ihren Anträgen fest beharren, und im Verein mit der zweiten Kammer der Regierung erklären, daß sie in der Verzögerung der Ausführung dieser Beschlüsse ein die Ehre und Selbstständigkeit des sächsischen Volkes gefährdendes Regierungssystem und eine Unverträglichkeit mit den Bedingungen erblicke, unter welchen allein die Kammer mit der Staatsregierung zum Wohle des Vaterlandes fortkommen im Stande sind. Außerdem wird vorgeschlagen, der Regierung zu erklären, daß sie für die könneritzsche Gesandtschaft kein Geld mehr aus der Staatscasse zu erwarten habe. — Die Kreuzzeitung will wissen, Minister v. Beust habe in geheimer Kammer Sitzung erklärt, man werde in der Oberhauptfrage mit Oesterreich Hand in Hand gehen; Oesterreich habe erklärt, wenn Herr v. Könneritz abberufen werde, so werde es keinen andern Gesandten Sachsens wieder annehmen. Und wenn man noch irgend Hoffnung habe, die thüringischen Staaten zu einem Anschluß an das Königreich Sachsen zu gewinnen, so müsse man sich hauptsächlich auf Oesterreich stützen.

Hannover, 15. April. Unsere Kammern, die bekanntlich bis zum 3. Mai vertagt wurden, werden aller Wahrscheinlichkeit nach trotz der Eingabe der hier versammelt gewesenen 44 Abgeordneten unserer ersten und zweiten Kammer an das Gesamtministerium, die sofortige Wiedereinberufung der Kammern betreffend, nicht früher als an dem bemerkten Tage wieder zusammenberufen werden, vorausgesetzt jedoch, daß das Ministerium Stütze bis dahin einen günstigen Standpunkt in der deutschen Frage erlangt hat. Sollte das nicht der Fall sein, so werden die Kammern weiter vertagt, oder gar aufgelöst werden. Die Auflösung kann jedoch dem Landesverfassungsgesetz zufolge nur über die zweite ausgesprochen werden. Die Verthimmung im ganzen Lande wird täglich größer, allein das constitutionelle Ministerium kehrt sich nicht daran. — Das Oberappellationsgericht in Celle hat sich gegen die Grundrechte erklärt. Man erzählt sich, die hiesige Justizkanzlei habe in einer Criminalsache ein Todesurtheil ausgesprochen. Darauf habe sich nun der Vertheidiger des Verurtheilten an das höchste Gericht nach Celle gewandt, und unter Bezugnahme auf § 9 der Grundrechte, welcher bekanntlich die Todesstrafe abschafft, Aufhebung jenes Urtheils verlangt. Das Oberappellationsgericht in Celle hat aber entschieden, daß die Grundrechte bei uns nicht zur Anwendung gebracht werden könnten. — Der Oberappellationsgerichtsath v. Pape hat in der Hahn'schen Hofbuchhandlung dahier eine Broschüre erscheinen lassen, die sich gleichfalls gegen die Giltigkeit der Grundrechte ausspricht. — Der Redacteur der hiesigen Volkszeitung ist in zweiter Instanz wegen eines in seinem Blatte enthaltenen gewöhnlichen Artikels, durch welchen das Amt Boyenden seine Amtsehre beleidigt hält, zu vierzehntägiger Gefängnißstrafe verurtheilt worden. Ein Gesuch beim Justizministerium, dahin gerichtet, die Gefängnißstrafe in eine entsprechende Geldbuße verwandeln zu wollen, ist dem Redacteur, Fr. A. Mensching, abschlägig beschieden worden. Der Redacteur der früheren hiesigen Vaterlandsblätter, Hr. Dr. Schlager, wird nächsten wahrscheinlich auch eine vierzehntägige Gefängnißstrafe wegen eines sogenannten Pöbelvergehens zu bestehen haben.

Kassel, 16. April. Die Vorstände der Ministerien des Aeußern und der Finanzen, Geh. Rath Schenk zu Schweinsberg und Staatsrath Wippermann, sind heute nach Frankfurt abgereist; ersterer, dem Vernehmen nach, als Specialbevollmächtigter Kurhessens.

Der Generallicutenant Bauer ist heute mit einem zahlreichen Generalstabe auf der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn nach Schleswig abgereist, wo derselbe ein Divisionscommando übernehmen wird. Morgen wird eine Batterie und das 2. Bataillon der Leibgarde und übermorgen das 2. Bataillon des Leibregiments nach derselben Bestimmung abgehen.

In der Nachmittagsitzung der Ständeversammlung am 14. d. M. antwortete der Landtagscommissär auf die Interpellation des Herrn Theobald wegen des Verbotes der rothen Fahnen bei der Robert Blum's-Feier Folgendes: Die Interpellation gehe über die für eine solche bestehenden Grenzen weit hinaus, indem sie sich nicht darauf beschränke, über Thatsachen eine Auskunft zu erbitten, sondern Rechenschaft über die Anwendung und Auslegung eines Gesetzes verlange. Das Tragen rother Fah-

nen siehe übrigens mit dem Vereinbarungsrecht in keiner Verbindung; das Gesetz vom 19. Juli 1848 leide daher gar keine Anwendung darauf. Da die Sache jedoch einmal angeregt sei, so nehme die Regierung keinen Anstand, zu erklären, daß das Verbot erfolgt sei, weil nach vorgenommenen Ermittlungen rothe Fahnen, welche weltkundig als das Banner der rothen Republik betrachtet werden, zum Zweck einer Demonstration hätten getragen werden sollen, und zwar von Seiten einer Partei, welche die bestehende monarchische Verfassung beseitigen und die Republik einführen wolle. Die Regierung werde dem Recht der freien Meinungsäußerung und der Vereinigung zu erlaubten Zwecken nicht zu nahe treten, sie werde aber auch die bestehende Verfassung zu schützen wissen. Nach einigen Bemerkungen erklärte Herr Theobald, die Sache auf sich beruhen lassen zu wollen. — Der Landtagscommissär verlas hierauf eine landesberliche Verordnung, wodurch die gegenwärtige Ständeversammlung vertagt wird.

Darmstadt, 17. April. Von mehreren hier wohnenden Mitgliedern der 2. Kammer wurde am 15. d. M. der Präsident derselben in einer motivirten Eingabe gebeten, die bis zum 23. d. M. vertagte 2. Kammer unverzüglich einzuberufen, um sich über die Anerkennung der deutschen Reichsverfassung von Seiten der großh. Regierung auszusprechen. Da aber im Laufe des 15. d. M. die officielle Nachricht eintraf, daß diese Anerkennung bereits am 14. stattgehabt hat, so glauben die Abg. Neh, Elwert und Rablert von jenem Verlangen um so mehr absehen zu müssen, als die entfernter wohnenden Mitglieder der 2. Kammer doch nur höchstens 1—2 Tage vor dem 23. hier eintreffen könnten, und übergaben dem Präsidenten eine hierauf bezügliche Erklärung, welche wir morgen mittheilen. (D. Z.)

Mainz, 16. April. Künftigen Montag den 23. d. M. beginnen die Sitzungen der Assisen des zweiten Quartals 1849, unter dem Präsidium des Herrn Dbergerichtsraths Neg. Diebstähle und Meineide sind die hauptsächlichsten Gegenstände. Den 21. d. M. werden von der hiesigen k. k. österreichischen Artillerieabtheilung 200 Mann zur Armee nach Ungarn gehen. Die Zahl der Auswanderer ist hier seit einigen Tagen sehr stark, namentlich treffen aus der Schweiz viele wohlhabende Familien zur Einschiffung hier ein.

Sigmaringen, 14. April. Heute ist der ordentliche Landtag des hiesigen Fürstenthums durch den Geh. Conferenzdirector v. Salkwürk eröffnet worden.

Italien.

Parma. Am 5. April ist das zweite Armeecorps der kaiserlichen Truppen hier eingerückt. Der Befehlshaber desselben, General d'Aspre, hat mehrere Beschlüsse erlassen. Durch den einen ordnet er eine allgemeine Ablieferung der Waffen an. Durch einen andern zeigt er an, daß er, d'Aspre, gemäß den Befehlen des Marschalls Radetzky und dem Proclam des regierenden Herzogs Karl II. vom 21. August 1848, die oberste Civil- und Militärregierung der Staaten von Parma und Piacenza übernehme, daß alle Regierungsbeschlüsse im Namen Karls II. erlassen werden und daß zum Commandanten der Stadt Parma der Generalmajor Wimpffen ernannt ist. Eine dritte Bekanntmachung vom 6. April erklärt alle Gesetze, Acte u. s. w., die von der revolutionären Regierung seit dem 20. März 1848 ausgegangen sind, für null und nichtig, setzt eine Centraljunta ein, die in Parma ihren Sitz haben und aus dem Generalgouverneur und drei Räten bestehen soll. Für Piacenza wird eine Junta, die aus dem Gouverneur und zwei Räten besteht, angeordnet. Die Centraljunta besorgt alle administrativen Geschäfte; die von Piacenza regiert dieses Herzogthum, ist aber von jener in Parma abhängig. Alle Staatsangestellten werden bestätigt, und haben den Eid der Treue zu leisten. Durch einen fernern Beschluß wird die von der revolutionären Regierung errichtete Nationalgarde aufgelöst; ebenso das sogenannte Hoffnungsbatallion (Battaglione della Speranza) in Parma. Das Tragen von Uniformen und militärischen Abzeichen wird untersagt. Endlich wird durch einen Avis vom 7. April in Erinnerung gebracht, daß der vom Generalmajor Degenfeld am 12. März 1849 erklärte Belagerungszustand der Stadt Parma mit allen damals verordneten Maßregeln fortbesteht. (Basl. Ztg.)

Großbritannien.

London, 14. April. Der „Globe“ bespricht in einem ziemlich langen Artikel die neulich von Lord Aberdeen auf die auswärtige Politik Lord Palmerstons gerichteten Angriffe. Das ministerielle Blatt erklärt, daß die Sympathien Englands ohne irgend einen Vorbehalt auf Seiten der Freiheit der Völker seien, und daß die Wiederkehr der absolutistischen Politik, die Lord Aberdeen als Minister des Auswärtigen befolgte, fortan unmöglich geworden sei. Der „Globe“ sagt zum Schluß, daß, wenn auch die Ligue der absoluten Mächte England feindlich sei, durch die letzten Berichte aus Ungarn doch wenigstens der Beweis geliefert werde, daß eines der Mitglieder dieser Ligue genug daheim zu thun habe, um nach Außen nicht gefährlich zu sein.

Nachricht.

Die Erstürmung der Düppeler Schanzen am 13. April.

Am 13. April haben die deutschen Truppen einen neuen Sieg erfochten, der ein gewichtiges Zeugniß gibt für den hohen Muth und die unerschütterliche Tapferkeit der deutschen Jugend, wo es gilt, für Recht und Freiheit eines bedrängten Bruderstammes zu kämpfen. Das Kirchdorf Düppel, auf Sundewitt gelegen, dehnt sich bekanntlich hart an der Landstraße entlang, welche von Gravenstein aus hinunter nach der Alsenener Fähre führt, durch welche die Verbindung der Halbinsel Sundewitt mit der Insel Alsen erhalten wird. Die Fähre aber ist, seitdem die Dänen Alsen besetzt halten, schon längst außer Thätigkeit gesetzt, und dafür eine Schiffsbrücke über den Alsenener Sund gelegt, welche bei ihrer Ausmündung auf Sundewitt mit einem starken reichlich mit Geschütz besetzten Brückenkopfe versehen wurde.

